

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 241

Hauptredakteur: Dr. Eberth, Leipzig

Donnerstag, den 27. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Opposition gegen Millerands Entschädigungspolitik

Frankreich und die Konferenz in Sythe

Der Sieg des englischen Standpunktes — Poincarés Kritik
(Von einem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 20. Mai.
Die bräunliche Demission Poincarés als Präsident der Wiedergutmachungs-Kommission hat in Frankreich großes Aufsehen erregt, obwohl sich die Regierungspresse bemüht, dieses Ereignis abzuschwächen. Millerand hat keinen Versuch gemacht, diese Demission zu verhindern. Er weiß wohl, daß er da einer bewachten Attache gegenübersteht und daß Poincaré durch seinen Schritt nichts anderes beabsichtigt, als seine Kandidatur für den Posten eines Ministerpräsidenten aufzustellen. Dies scheint auf dem ersten Blick verfehlt zu sein. Indes muß man gestehen, daß die Lage des Kabinetts Millerand keineswegs glänzend ist. Die Verhandlungen in Sythe haben, so sehr man es auch verhüllen möchte, mit einer Niederlage Frankreichs geendet. Die Entschädigung in Paris ist beträchtlich und der Erfolg gegen England nicht glücklich. Schon der Ausschub der Konferenz in Spa hat allerlei dunkle Mordgerüchte gezeugt. Die Londoner und Pariser Blätter haben sich zwar nicht über diese Angelegenheiten in Berlin gewandt. Aber als dann klare und unabweisbare Dementis von deutscher Seite kamen, mußte man erkennen, daß es die Entente selbst war, die auf einen Ausschub hingearbeitet hatte, weil sie die Unmöglichkeit erkannte, die Einigkeit in finanziellen Fragen in kurzer Frist zu bewerkstelligen.

Diese Einigkeit hat in Sythe abermals gescheitert. Millerand kam mit der Absicht, für Frankreich die größtmöglichen Vorteile herauszuschlagen. Doch man endlich die deutsche Kriegsschuldfrage festsetzt, wollte er keineswegs abgeben. Frankreich hätte gewünscht, diese Kasse offen zu lassen. Man wollte sich nur dazu bequemen, den Mindestbetrag der Quoten für eine Reihe von Jahren zu bestimmen. Dies hätte erlaubt, bei steigender Erholung Deutschlands die Schranke nach Belieben anzupassen. Ein anderer Programmpunkt Frankreichs war die Erzielung der Priorität auf die deutschen Zahlungen. Und falls man in dieser Beziehung nicht volle Befriedigung erlangen würde, wollte Millerand erzielen, daß diese Priorität (von 55 Prozent) auf alle übrigen Zahlungen ausgedehnt werde, zugunsten jener Summen, die dem Aufbau der zerstörten Provinzen dienen sollten.

Mit diesen Forderungen hat Millerand ein völliges Fiasko erlitten, und es ist unvorstellbar, wenn das englische Kabinettsmitglied, die Konferenz von Sythe hätte Frankreich volle Genugtuung gegeben. Vor allem hatte Lloyd George seinen Standpunkt durchgesetzt, wonach ein Minimum der deutschen Schuld festgelegt werden mußte. Dieses hätte sich bei dem Minimum des 120 Milliarden Mark in Gold angegeben, wovon auf Frankreich 88 Milliarden entfielen. Angesichts der verheerenden Zerstörung, mit der die Londoner Presse diese Meinung aufnahm, wurde bereits am nächsten Tage mitgeteilt, daß es sich um einen Irrtum handelte, und daß von keiner festen Summe die Rede war. Die 120 Milliarden waren bloß ein frommer Wunsch der französischen Experten. Es muß auch bemerkt werden, daß das Wort „Minimum“ hier unbedingt als „Maximum“ aufzufassen ist. Denn es ist klar, daß, wenn eine Ziffer endgültig festgelegt wird, diese unter keinen Umständen überschritten werden kann. Aber wie die Dinge liegen, wird kein Einigkeit in Sythe erzielt werden, und Deutschland heute oder in zwanzig Jahren 120 Milliarden in Gold entrichten könnte. Und wenn in Frankreich die öffentliche Meinung noch so irreführend ist, daß man solchen neuen Versprechungen glauben schenkt, so ist man in England und Italien besser unterrichtet und weiß, daß die Entente auf diesem Gebiete nur mit äußerster Vorsicht vorgehen kann, wenn sie sich nicht selbst den Boden unter den Füßen abgeben will.

Nach den Berichten der amerikanischen Blätter, deren Vertreter ja viel besser informiert sind, als selbst die englischen Journalisten, hat es in Sythe sehr erregte Debatten gegeben. Millerand wollte sich, so gut er es vermochte, über gegen die überlegene Staatskunst des Schönen Ollen Lloyd George zu erheben. Er hat erklärt, daß er die Forderung einer Totalsumme nur dann annehmen könne, wenn man Frankreich die Gewähr böte, daß es auf alle deutschen Zahlungen die Priorität erhalte. Dies wurde von Lloyd George glatt abgelehnt. Nach einer Stunde vor der Abreise Millerands stritten die beiden Delegationen in heftigster Weise, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Was ist also das Resultat dieser Konferenz? Daß man sich bloß auf die Idee einer „Minimal-Entschädigung“ einigte, ohne die Summe zu bestimmen. Alles andere ist bloße Phantasie. Und man begreift unter diesen Umständen ganz gut die gedrückte Stimmung in Paris. Poincaré hat nur 24 Stunden gewartet, um in einem aufsehenerregenden Schreiben die Ergebnisse von Sythe zu brandmarken und dadurch Millerand in eine schwierige Lage zu bringen. Es ist heute sicher, daß Frankreich auf keinen Fall die Priorität auf die deutschen Zahlungen erhält. Die nächste Konferenz der Entente vor Spa findet in Offenbar statt. Frankreich hat nicht viel Hoffnung, da besser abzuschneiden als in San Remo und Sythe. Denn England hat es satt, das System, das von Frankreich gegen Deutschland geübt wird, weiter zu begünstigen. Die Briten sind kühle Rechner und wissen am besten, daß jetzt, wo ihre Vormachtstellung in der Welt erodiert, nur eine wirtschaftliche und moralische Wiedergeburt Deutschlands allen Staaten aus dem Chaos herauszuziehen kann.

Wie der „Intransigent“ mitteilt, wird die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand erst am 10. Juni vor sich gehen.

Poincarés offener Kampf gegen das Kabinett Millerand

Genf, 27. Mai. (Drahtbericht.) Der bereits gemeldete Zwischenfall im französischen Parlament beweist, daß der frühere Präsident und jetzige Senator Poincaré entschlossen ist, in offene Opposition gegen das Kabinett Millerand zu treten. Den Anlaß dazu sollen die Verhandlungen Millerands mit Lloyd George über eine sofortige Festsetzung der deutschen Kriegsschuldfrage bieten, gegen die Poincaré bereits durch seinen Austritt aus der Wiedergutmachungskommission persönlich Widerspruch erhoben hat. Die Tatsache, daß in der Aussprache zwischen den Vertretern der verarmten Gebiete auch die ehemaligen Minister im Kabinett Clemenceau, Briand und Lou-

geur, das Wort ergriffen, läßt erkennen, daß bereits alle strebsamen Parlamentarier, die mit Ungehörigkeit auf das Ende der Regierung Millerand warten, sich um Poincaré sammeln.

Millerand stellt die Vertrauensfrage

Paris, 27. Mai. (Havas.) Millerand hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Kammer Freitag nachmittag die Interpellation betr. die Festsetzung der deutschen Entschädigung bespricht. Er werde in der Kammer darüber Erklärungen abgeben und die Vertrauensfrage stellen hinsichtlich der Methode, die zu befolgen sei, um die Durchführung des Friedensvertrages zu sichern. Der Ministerpräsident ließ die Kammer anfordern, sich in einer allgemeinen Vertrauensabstimmung dahin auszusprechen, daß ihm volle Bewegungsfreiheit gelassen und die nötige Vollmacht gegeben werde, um die schwebenden diplomatischen Verhandlungen mit den Alliierten sowie mit den deutschen Vertretern in Spa zu führen.

Berlin, 27. Mai. (Drahtbericht.) Mit dem nach London gehenden Kurier hat gestern das Reichsausschreiben die ersten deutschen Forderungen gegen das britische Ausgleichsangebot abgeandt.

Ententenote über die deutsche Abrüstung zur See

Paris, 27. Mai. (Drahtbericht.) Der Vorkontrollrat hat gestern beschlossen, in einer Note die deutsche Regierung an den Artikel 209 des Friedensvertrages, betreffend die Abrüstung Deutschlands zur See, zu erinnern mit dem Ersuchen, die darin enthaltenen Vorschriften zu halten. Ferner beendete die Vorkontrollkonferenz die Prüfung des Vertrages zwischen Deutschland und Dänemark und hat beschlossen, den Vertragsentwurf den beiden in Frage kommenden Mächten offiziell mitzuteilen.

Berlin, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die aus der französischen Presse überkommene Meldung, daß eine deutsche Note, die sich mit den Kosten des Besatzungsheeres befaßt, an die Entente gerichtet worden sei, wird von amtlicher Stelle als dementiert. Auch von einer Forderung der französischen Regierung auf Zahlung von 2 1/2 Milliarden Mark Besatzungskosten für den Rheingau ist an amtlicher Stelle nichts bekannt. Eine solche Forderung ist auch für die Folge nicht zu erwarten.

Deutschlands Handelsaussichten in Sowjetrußland

Berlin, 27. Mai. (Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung.) Ein Mitarbeiter der „Berliner Börsenzeitung“ hatte in Kopenhagen Gelegenheit, Herrn Krasin, den russischen Vorkontrollkommissar, der jetzt nach London gefahren ist, zu sprechen. Krasin erklärte, daß die Entsendung einer deutschen Studienkommission nach Rußland im Augenblick, da Rußland mit Polen im Kriege stehe, wenig günstig wäre. Auf die Frage, welche Ziele er mit seiner Reise nach Europa verfolge, antwortete Krasin, seine Aufgabe bestünde ausschließlich darin, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem westlichen Europa aufzunehmen. Rußland brauche Maschinen und andere Fertigfabrikate und sei bereit, dagegen Rohstoffe zu liefern. Die Vorräte, über die die Sowjetregierung verfügt, seien zwar nicht groß, jedoch könnten immerhin gewisse Mengen an Flachs, Sanf, Terpentin, Teer und vor allen Dingen an Holz im Gesamtwerte von ungefähr 5 Millionen Goldrubel ausgeführt werden. Für Lokomotiven, an denen Rußland in bester Linie Bedarf hat, ist die Sowjetregierung bereit, auch bar zu bezahlen. Krasin wies hierbei auf das mit dem schwedischen Konsortium abgeschlossene Kreditabkommen hin, wonach dieses Konsortium für 100 Millionen Kronen Ware liefert. Als Garant dient ein Betrag von 25 Millionen Kronen, der bei einer schwedischen Bank hinterlegt ist. Auf ähnliche Weise würde auch Rußland gern mit Deutschland Geschäfte machen. Ferner sei die Sowjetregierung bereit, ihre Grundstücke teilweise zu durchbrechen und auswärtsigen Kapitalisten Konzessionen in Rußland zu gewähren, nach zweierlei Art, und zwar: 1. Konzessionen auf Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes, 2. b. auf Gewinnung solcher Rohstoffe, die nach dem Ausland exportiert werden können, 3. Konzessionen auf Errichtung von Fabriken, die Gegenstände herstellen, die für den russischen Verbraucher bestimmt sind. — Als ein interessantes Detail ist hervorzuheben, daß es den ausländischen Konzessionären unbenommen bleiben soll, den ihnen von der Sowjetregierung gestellten Arbeiter noch besondere Prämien für größere Leistungen von sich aus zu zahlen. Es ist somit von der Sowjetregierung das Prinzip der Stabilität und der Prämienverteilung wieder anerkannt worden.

Preisfürze auch in England

London, 27. Mai. (Drahtbericht.) Nach dem „Daily Chronicle“ ist in England ein allgemeiner Preissturz eingetreten, und zwar infolge des Beschlusses der Banken, kein Geld mehr auszugeben. Die große Firmen ziehen ihre Aufträge zurück, zahlreiche Bankmakler befinden sich in Schwierigkeiten.

Holländische Maislieferungen

Berlin, 27. Mai. (Drahtbericht.) Die Bejugsvereinigung der deutschen Landwirte hat sich mit Zustimmung der Reichsregierung mit einer holländischen Maisfirma in Verbindung gesetzt und sich den Bezug von 750 000 bis 1 000 000 Tonnen Mais gesichert. Die Lieferung soll sich auf etwa zwei Jahre erstrecken. Der Mais soll zur verträglichen Schwainmaß verwendet werden. Der in den nächsten Tagen hereinkommende Mais wird an die Reichsgetreidestelle zur Versteigerung abgesetzt werden; es wird jedoch erwartet, daß vom August ab dieser Mais zur Schwainmaß verwendet werden kann.

Die Stellung der Arbeiterchaft zu den Reichstagswahlen

Von

Oskar Hartmann,

Mitglied der Nationalversammlung.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß neben den zahlreichen Arbeitern, die sich politisch zur Sozialdemokratie und den noch weiter links stehenden Parteien bekennen, auch noch eine nicht unbedeutende Schaar deutscher Arbeiter vorhanden ist, die sich den Theorien dieser Parteien ablehnend gegenüber stellt und die als gleichberechtigte Staatsbürger nicht willens ist, den einseitigen Klassenkampfstandpunkt als das Heilmittel zu betrachten, das der Arbeiterchaft und ihren Interessen nützen könnte. Diese Arbeiter halten es für richtiger, mit den anderen Volksschichten gemeinsam am Wiederaufbau tätig zu sein, statt als Sonderpartei, getrennt von den Staatsbürgern anderer Volksschichten, ihre eigene Straße zu ziehen. Die Zerrissenheit der Arbeiterchaft in vier sozialistische Parteien trägt nicht dazu bei, für diese Art der Vertretung von Arbeiterinteressen größere Sympathien zu wecken, zumal da unter diesen vier Parteien ein oft recht wulstiger Kampf geführt wird, der nicht nur in den Wahlversammlungen zum Ausdruck kommt, sondern sich bis in die Familien hinein und bis auf die Arbeitsplätze erstreckt.

Während die Mehrheitssozialdemokratie den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen versucht und sich bemüht, das Zerbrochene wieder zusammenzufügen, wird sie von der unabhängigen Sozialdemokratie bekämpft, weil erstere es gewagt hat, mit bürgerlichen Parteien in der Regierungskoalition zu arbeiten und mit diesen Parteien gemeinsam die gesunde Entwicklung der Wege zu ebnen. Noch schärfer tritt der Gegensatz in der Vertretung von Arbeiterinteressen bei der Kommunistischen Partei, beim Spartakusbund, in der Erscheinung. Hier wird in rücksichtsloser Weise die Diktatur des Proletariats proklamiert, das Kätewesen nach dem System von Sowjetrußland in den Himmel gehoben und alles getan, um die Arbeiterchaft mit Haß gegen alle anderen Berufsstände zu erfüllen. Daß damit eine Verwundung unserer Verhältnisse nicht erreicht werden kann, daß unter dieser Verwundung und zersetzenden Tätigkeit nicht nur die Arbeiter selbst, sondern das ganze Volk noch mehr leiden muß, als es schon gelitten hat, das scheint den Herren Kommunisten und ihren Nachläufern gleichgültig zu sein. Entgegen der Haltung dieser Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung wird sie sich an den Wahlen zum neuen Reichstag beteiligen, aber nicht, um praktische Mitarbeit zu leisten, sondern in der unerschütterten Absicht, die Arbeiten des Reichstages zu stören. Das hat nach unabweisbaren Nachrichten der kommunistische Eberlein, dessen Name als erster auf der kommunistischen Reichsliste prangt, kürzlich in einer Versammlung in Halle klar zum Ausdruck gebracht. Er hat bei dieser Rede unerschrocken erklärt, daß der Bürgerkrieg das Mittel zur Erreichung kommunistischer Ziele sei, und damit bewiesen, wie wenig Verstand in jenen Kreisen dazu gehört, um eine „führende“ Rolle zu spielen. In ähnlicher Weise haben sich übrigens auch andere Kommunisten in den Wahlversammlungen ausgesprochen, insbesondere Vertreter der neugeborenen kommunistischen Arbeiterpartei, die den Arbeitern warnend zuriefen, sich nicht an der Reichstagswahl zu beteiligen, dafür aber um so energischer öffentliche Demonstrationen zu veranstalten.

Diese Verfahrensweise innerhalb der Linksparteien gibt keine Veranlassung, daß die Arbeiter diesen Parteien Vertrauen entgegenbringen können. Tun sie es dennoch, so wird sich bald ergeben, wie bitter sie getäuscht worden sind. Die bereits merkbaren Zeichen neu beginnender Arbeitslosigkeit weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß alle Kräfte im Volk sich bemühen müssen, miteinander und nicht gegeneinander die Maßnahmen zu fördern, die unsere Produktion zu steigern geeignet sind. Man weiß allerdings gut genug, daß die im Sinne eines zerstörenden Radikalismus stehenden Arbeiter diesen Auseinandersetzungen wenig Gehör schenken, sie finden eben in ihre überspannten Ideen verrannt und Verunsicherungen kaum zugänglich. Aber die nicht geringe Zahl der Arbeiter, die sich einen klaren Kopf bewahrt haben, die sich bemühen, in die Zusammenhänge unserer Wirtschaft und der Politik einzudringen, die nicht leeren Schlagworten und hohlen Phrasen gedankenlos nachlaufen, muß erkennen lernen, daß ihre Interessen heute mehr denn je mit denen des ganzen Volkes verbunden sind und daß sie in diesem Sinne am 6. Juni ihrer Wahlpflicht genügen müssen. Die Durchsetzung des wahren demokratischen Gedankens zu praktischer Betätigung auf allen Gebieten kann nicht ohne die Arbeiter geschehen, sondern muß mit ihnen erfolgen, wie es den Grundfögen der Deutschen Demokratischen Partei entspricht. In dieser Partei haben die nichtsozialdemokratischen und nichtkommunistischen Arbeiter eine Volksvertretung, die im Rahmen des Ganzen den wirtschaftlich Schwächeren hilft und seine berechtigten Wünsche zur Geltung kommen läßt.

Nicht nur bei der jetzt stattfindenden Wahlbewegung, sondern auch schon bei früheren Reichstagswahlen unter dem alten System sind alle Parteien an die Arbeiter herangetreten, um sie für sich zu gewinnen. Dazu hat selbstverständlich jede Partei das gute Recht, niemand wird einer Partei dieses Recht absprechen. Aber man muß sich dabei doch fragen, wie sich die alten Reichsparteien im neuen Kleide als Ersatz für die Konservativen und die Rechtsnationalen liberalen zu den Arbeiterfragen unter dem alten System verhalten haben. Und da kann man nicht umhin, daran zu erinnern, daß es die Männer der Deutschen Nationalen Volkspartei, die früheren Freikonservativen, gewesen sind, die einen nicht geringen Terror auf die Arbeiter ausgeübt haben,

1920
ig!
en
apler
nen
olle,
mei- u.
den.
die leben
sh.
mann
strich,
r. 30.
1003.
schließen.
e
cht
arbeiten.
buchen.
000 kg
früher
weiser.
entw.
großen
im Be-
drition
g
ste 2.
en
ume
hftis
PROF
r. 9.
200.
ner
entworfene
er große
Kriegs-
er
ch. Rudolf
erei
lung
Wutrage.
L. Leipzig,
rabe 38.
6.
che, 3000
bei. Walter
entworfene
200
N. 111
ren und
L. Leipzig,
Zell. 1074.
Beratung
in (L. Leipzig),
Zell. 1074.
Engels
gstr. 16
Münster
argelischen
n
rbe
blatt